Düsseldorf, den 13.02.2012

Liebe Energie- und Klimaschutzinteressierte in NRW,

es wäre schon fast komisch, wenn es nicht so traurig wäre: Eine Partei, die nicht einmal mehr jede/r Fünfzigste wählen würde, stellt auf Bundesebene immer noch 5 Minister und blockiert damit entscheidende Vorhaben für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
Während CDU-Landesvorsitzender und Bundesumweltminister Norbert Röttgen beispielsweise die Wichtigkeit eines 30%-$CO_2$-Minderungsziels auf EU-Ebene, die verbindliche Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie und die Beibehaltung des so erfolgreichen Erneuerbaren-Energien-Gesetzes erkannt zu haben scheint, grätscht ein unbelehrbarer Minister Rösler in diese Vorhaben hinein und bremst aus, wo er kann. Im Blick wohlweislich die Sorgen der alten Großindustrie der AKW- und Kohlemeilerbetreiber, die sich mit Hilfe des von Rösler vorgeschlagenen Quotenmodells auch den Markt der Erneuerbaren Energien sichern könnten. Die Verbraucher jedenfalls kann er nicht im Blick haben, wenn er Industrie- und Sonderkunden weitgehend von den Netzentgelten befreit und damit alleine Kleinunternehmer, Mittelständler und die Verbraucherinnen und Verbraucher für den Ausbau und die Nutzung der Netze bezahlen lässt. Unser Kampf geht also weiter!

Warum die Erneuerbaren keine Preistreiber sind und was den Erfolg des deutschen Einspeisemodells ausmacht, kann in der ersten Ausgabe von Wibkes Merkblättern nachgelesen werden.

Weitere Informationen über die aktuellen Entwicklungen in der Energie- und Klimapolitik in NRW finden Sie unten und in diesem Sinne wünsche ich viel Spaß beim Lesen,

*Wibke Brems*

## Aktuelles aus der Landespolitik

### Große Anfrage Braunkohleschäden

Mit einer großen Anfrage zum Thema Braunkohleschäden möchten wir die Rechte und Informationsmöglichkeiten der betroffenen Menschen erheblich verbessern. Das Bundesberggesetz sieht im Fall des Braunkohleabbaus nicht vor, dass Daten der Auswirkungen des Tagebaus dokumentiert und öffentlich zugänglich gemacht werden. Die vom Braunkohletagebau geschädigten Bürgerinnen und Bürger haben daher kaum die Möglichkeit nachzuweisen, dass die Schäden an ihrem Eigentum durch den Tagebau entstanden sind. Viele der relevanten Daten sind Eigentum des bergbautreibenden Unternehmens, müssen jedoch nicht der zuständigen Bergbehörde vorgelegt werden.
Die Anfrage soll zum einen klären, welche Möglichkeiten und Pläne die Landesregierung hat, Daten offen zu legen und Bergbaubetroffene zu unterstützen. Zum anderen soll besser eingeschätzt werden können, welche möglichen Ewigkeitslasten durch den Wiederanstieg des Grundwassers auf das bergbautreibende Unternehmen und ggf. auf das Land zukommen könnten. Die komplette Anfrage kann hier nachgelesen werden.

### Anhörung Klimaschutzgesetz

Bis 2020 möchte NRW seinen $CO_2$-Ausstoß um 25 Prozent senken, bis 2050 um mindestens 80 Prozent. Mit dem ins parlamentarische Verfahren eingebrachten Klimaschutzgesetz sollen diese Ziele zum ersten Mal gesetzlich festgeschrieben werden. Nun wurde ein weiterer parlamentarischer

Schritt dafür getan: Über 60 geladene Sachverständige konnten ihre Stellungnahmen einreichen und wurden in einer Anhörung zu den Themenfeldern Umwelt, Ökonomie, Kommunales und Verfassungsmäßigkeit von den Abgeordneten befragt. Angesichts der fehlenden weltweiten verbindlichen Reduktionsziele hoben viele ExpertInnen die Vorreiterrolle NRWs heraus. Insbesondere die wirtschaftlichen Effekte wurden kontrovers diskutiert! Doch wir Grüne sind überzeugt: nur konsequente Investitionen in Energieeffizienz und $CO_2$-Einsparungen sichern die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslands und entlasten mittelfristig die Haushalte. Im Jahr 2010 waren bereits 26.500 Menschen in NRW im Bereich Erneuerbaren Energien beschäftigt. Weltweit hat jede zweite Windturbine ein Getriebe aus unserem Bundesland. Viele ExpertInnen lobten daher die Pionierarbeit, die das Land NRW mit dem Klimaschutzgesetz leistet und sprachen sich für eine Übernahme im Bund und in anderen Bundesländern aus. Die Stellungnahmen im Einzelnen können hier abgerufen werden. Eine Pressemitteilung dazu ist hier abrufbar.

**Kommissar Oettinger widerspricht Ergebnis seiner eigenen Studie**

Unter Energiekommissar Oettinger hatte die EU-Kommission eine Studie zur Frage einer Anpassung der gesetzlichen Grundlagen zur Umweltverträglichkeit in der EU in Bezug auf unkonventionelle Erdgasförderung in Auftrag gegeben. Die vollständige Studie finden Sie hier. Untersucht wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Fracking in Deutschland, Frankreich, Polen und Schweden. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Anpassungen der Europäischen Regulierung für Schiefergas in Betracht gezogen werden sollten. Dies gilt insbesondere für die nötige Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfungen. Erstaunlich sind angesichts dessen die Schlussfolgerungen von EU-Energiekommissar Günther Oettinger, die Studie sei der Beweis dafür, dass hinsichtlich der Förderung von Unkonventionellem Erdgas keine Änderung an der EU-Gesetzgebung nötig sei. Unterdes hat der Bundestag hat am 25.01.2012 über den Grünen Antrag Ein neues Bergrecht für das 21. Jahrhundert in erster Lesung beraten. Darin wird die Anpassung des antiquierten und undemokratischen deutschen Bergrechts an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts gefordert. Das zum Teil auf das Preußische Berggesetz von 1865 zurückgehende Bergrecht enthält erhebliche Defizite bei Transparenz, Bürgerbeteiligung und Interessenschutz für Privatpersonen. Auch durch die Entwicklung neuer Technologien wie Geothermie, Unkonventionelles Erdgas und die Errichtung großer Erdgasspeicher wird das gültige Bergrecht zunehmend in Frage gestellt. Die Rede von Oliver Krischer MdB finden Sie hier. Die Reden der anderen Parteien können hier ab PDF-Seite 185 abgerufen werden.

**Verbesserungen für die Ausweisung von Windflächen geplant**

Wenn in der Regionalplanung aktuell Windenergiezonen ausgewiesen werden (aktuell ist dies nur im Regionalplan Münsterland der Fall), haben diese Vorranggebiete automatisch auch die Wirkung von Eignungsgebieten, d.h. das außerhalb dieser Gebiete auch im Flächennutzungsplan der Gemeinden die Nutzung durch Windenergie ausgeschlossen wird. Jetzt hat die Landesregierung den Entwurf einer „Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz“ auf den Weg gebracht, die ein neues Planzeichen festlegt, sodass Windenergiegebiete, die im Regionalplan mit diesem Zeichen ausgewiesen werden, diese Ausschlusswirkung nicht mehr haben. Somit wird es den Kommunen ermöglicht, auch außerhalb der durch die in der Regionalplanung festgelegten Flächen noch zusätzliche Flächen für die Nutzung von Windenergie auszuweisen. Nach der nächsten Sitzung des für Landesplanung zuständigen Wirtschaftsausschusses des Landtags am 7. März wird diese Änderungsverordnung voraussichtlich in Kraft treten. Der Entwurf ist hier abrufbar.

## Bericht aus dem Plenum

**Rede zum Antrag „Das E.ON-Ferngasnetz gehört in die öffentliche Hand“ der Linken**

Die Linke will mit einem Wisch die Gasnetze von E.ON durch das Land NRW aufkaufen und damit eine windige und nicht nur haushälterisch unmögliche Pirouette drehen! Dass das Netz weit über die Grenzen NRWs hinausgeht, zig Millionen kosten würde und damit immer noch keine europäische oder bundesweite Netzgesellschaft gegründet ist, blendet die Linke bei diesem Antrag komplett aus.

Meine Rede dazu im Plenum am 26. Januar 2012 kann hier angesehen werden. Der Antrag der Linken ist hier abrufbar.

**Rede zum Antrag „Unser Land braucht Entwicklung – Anforderung an die Novelle der Landesplanung“ der CDU**
Der Landesentwicklungsplan war Thema in einer Debatte am 9. Februar 2012 im Düsseldorfer Landtag. CDU und FDP haben jahrelang verschlafen die richtigen Schritte zu unternehmen. Das werden SPD und GRÜNE nun machen. Meine Rede dazu kann hier angesehen werden. Der Antrag ist hier zu finden.

**Rede zum Antrag „Erneuerbare Energien möglich machen – Nordrhein-Westfalen braucht neue Pumpspeicherkraftwerke“**
Wie sichern wir die Energieversorgung in NRW und in ganz Deutschland? Der Mix aus verschiedensten Erneuerbaren ist mehr als notwendig. Dazu gehören auch Pumpspeicherkraftwerke. Die CDU hat einen Antrag in den Landtag eingebracht. Meine Rede dazu vom 9. Februar 2012 kann hier abgerufen werden.

**Energiethemen zum Weiterlesen**

**Kommunale Klimaschutzkonzepte werden gefördert – Jetzt Antrag im Rat oder Umweltausschuss stellen**
Vom 1. Januar bis zum 31. März können Kommunen finanzielle Unterstützung für die Erstellung von kommunalen Klimaschutzprojekten beim Projektträger Jülich beantragen. Gefördert wird die Erstellung von Klimaschutzkonzepten, die möglichst alle klimarelevanten Bereiche innerhalb einer Kommune abdecken. Die Konzepte sollen Energie- und $CO_2$-Bilanzen, Potenzialanalysen zur Minderung von Treibhausgasen, Maßnahmenkataloge sowie Zeitpläne zur Umsetzung umfassen. Im Regelfall erfolgt die Förderung durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von bis zu 65 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Auch Teilkonzepte und einzelne Projekte können gefördert werden. Weitere Informationen sind hier zu finden. Einen Musterantrag für die Beauftragung der Stadtverwaltung im Rat kann hier abgerufen werden.

**Wibkes Merkblatt No.1: Die Erneuerbaren und der Strompreis**
Viele Stromrechnungen sind zum 1.Januar 2012 schon wieder gestiegen. Daher stellt sich nicht selten die Frage: Sind die Erneuerbaren daran schuld? Und will Minister Rösler uns vor weiteren Strompreissteigerungen retten, wenn er das Erneuerbare Energien Gesetz abschaffen will? Diese und andere Fragen versuchen wir in der ersten Ausgabe von „Wibkes Merkblatt“ zu beantworten. Auf maximal 2 Seiten versuchen wir zukünftig in dieser Reihe komplexe Sachverhalte aus Grüner Sicht bildlich und übersichtlich darzustellen. Die erste Ausgabe ist hier abrufbar.

**Daten zur Energie in NRW und im Bund: Erzeugung, Verbrauch und Arbeitsplätze**
16 Seiten Energie in Zahlen und Fakten: Erzeugung und Verbrauch, Emissionen und Treibstoffe, Arbeitsplätze und Erneuerbare Energien. Die neue Broschüre EnergieDaten.NRW 2011 des Klimaschutzministeriums gibt einen komprimierten Überblick über die wichtigsten energiestatistischen Daten.

**Energielücke in Frankreich beweist: Deutsches EEG ist ein Erfolgsmodell**
Nach dem deutschen Atomausstieg hatte es nicht selten hämische Kommentare von französischer Seite angesichts der wohl anstehenden deutschen Stromimporte aus dem Atomstromland Frankreich gegeben. Diese auch in Deutschland geschürte Furcht blieb jedoch weitestgehend unbegründet wie die Bilanz des Stromhandels im Jahr 2011 insgesamt zeigt. Daher fiel die Anteilnahme an französischen Versorgungsengpässen während der letzten Kältewellen auf deutscher Seite wohl eher verhalten aus. Gerade an den Lastspitzenzeiten während der Mittagszeit konnte der Strom aus

Photovoltaik und Windanlagen in Deutschland den immensen Strombedarf der französischen Stromheizungen ausgleichen. Welchen Beitrag zu welcher Zeit und wo genau die Photovoltaik in Deutschland liefert, kann sehr schön auf dieser Karte verfolgt werden. Weitere Informationen zu Kraftwerksreserven und dem Stromhandel mit Frankreich hat das IWR hier veröffentlicht.

**Öko-Energien ersetzen milliardenschwere Brennstoffimporte**
Durch den Einsatz erneuerbarer Energien konnte Deutschland im vergangenen Jahr Brennstoffimporte im Wert von elf Milliarden Euro vermeiden. Das geht aus neuen Berechnungen des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE) hervor. Demnach stieg der Anteil von Wind, Sonne und Co. am Endenergieverbrauch 2011 auf 11,9 Prozent. Dadurch sei der Ausstoß von 127 Millionen Tonnen CO2 vermieden worden.
Die neuen Zahlen des BEE können hier nachgelesen werden.

**Veranstaltungen**

**Einladung: Bezahlbarer und erneuerbarer Strom: Ein Widerspruch?**
**9.3.2012//15.00-18.00//Raum E3A02**
Ein konsequenter Klimaschutz erfordert eine ressourcenschonende und nachhaltige Strom- und Energieversorgung. Hohe Strompreise signalisieren daher richtigerweise Ressourcenknappheit und fördern die konsequente Nutzung der Einsparpotentiale. Andrerseits stellt sich dabei immer mehr die soziale Frage. Während bei Steuern der Leistungsfähigkeitsprinzip gilt, wirken hohe Strompreise degressiv und belasten damit überproportional arme Haushalte. Daher möchten wir die Fragen diskutieren: Klimaschutz oder soziale Strompreise? Wie ist dieser scheinbare Gegensatz aufzulösen? Welche Möglichkeiten gibt es für geringer Verdienende? Welche modernen Technologien können Energieeinsparung unterstützen?
Eine Einladung folgt!

Dipl.-Ing. (FH) Wibke Brems MdL
Sprecherin für Klimaschutz und Energiepolitik

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211/884 2142
Fax: 0211/ 884 3541
Email: wibke.brems@landtag.nrw.de